

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. bei Postbestellung 1,80 RM., zugl. Postgebühren. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postanfragen, Bestellungen und Anzeigen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Krieg oder sonstiger Verhältnisse besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.



Angelpreis: die 6-spaltige Raumzeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rpf. pflanzl., die 2-spaltige Raumzeile im letzten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Roffen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 88 — 91. Jahrgang Telegr.-Abt.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 15. April 1932

Zwei Fronten.

Nach fast vierwöchiger Erholungspause — „bloß nichts überstürzen!“ — waren die Delegierten der Genfer Abrüstungskonferenz wieder zusammengelassen, besetzt von dem festen Willen, sich mittels eines Kopfsprunges in das Redemeer der Konferenz hineinzustürzen. Das ist so gründlich bedacht worden, daß man außerhalb Genfs darüber eigentlich ein bißchen staunen muß. Denn mit überraschender Drastik haben sich die beiden Fronten gegenübergestellt: Frankreich mit seinem „Gendarmen“-Plan, der überhaupt nur den Grundgedanken der „Sicherung“ mittels eines schwerbewaffneten Völkerbundes anerkennend und verwirklicht will, und auf der anderen Seite Amerika, England, Italien mit Deutschland im Gefolge, die alle auch „Sicherung“ wollen, aber eine solche, die durch kontrollierte und gründliche Abschaffung der Angriffswaffen erreicht werden soll. Tardieu hat mit einer fast verblüffenden But gegen diese Forderung angekämpft und — doch wozu prophezeien! Auf solche internationalen Nachkriegskonferenzen paßt häufig das bekannte Wort Wilhelm Büschs: „Denn erstens kommt es anders, und zweitens, als man denkt!“

Immerhin ist diese Entwicklung in Genf ziemlich unerwartet gekommen und es war eigentlich der Amerikaner Wilson, der sozusagen „die ganze Sache in Schwung brachte“. Dieser Vertreter der Vereinigten Staaten ist ja politisch unabhängig genug dazu, und wenn er in den nächsten Tagen außerdem noch die persönliche Unterstützung seines nach Europa gekommenen Staatssekretärs Stimson erhalten wird, dann erntet man wohl noch den deutlichen, wie ungeheuer viel gerade Amerika daran liegt, daß die Abrüstungskonferenz zu einem irgendwie „sichtbaren“ Ergebnis kommt. Präsident Hoover könnte für die Neuwaren einen solchen außenpolitischen Erfolg dringend gebrauchen, zumal eine erhebliche Herabsetzung der Rüstungen für die Finanzen seines Landes gerade angesichts des großen Defizits von nicht zu verachtender Bedeutung wäre.

Immerhin sind die beiden Fronten vorläufig noch „grundfähig“ und es ist in Genf zur selben Zeit geworden, daß der Entwurf der vorläufigen Abrüstungskommission und der überaus abgefeuerte Tardieu-Plan durchaus nicht mehr allein das Feld der Ausschüßarbeiten beherrschen wie früher, sondern dies mit den präzisen Vorschlägen der anderen Front teilen müssen. Die kleineren Staaten spielen dabei natürlich nur die Rolle von Statisten, teils bei dieser, teils bei jener Seite. Bei der eigentümlichen Haltung, die die Vertreter Sowjetlands, seitdem sie überhaupt an den Abrüstungsverhandlungen der Völkerbundstaaten teilnehmen, diesen Bestrebungen gegenüber immer gezeigt haben, ist es durchaus nicht verwunderlich, daß der russische Vertreter sehr genaue, sehr weitgehende und doch ausführbare Vorschläge macht. Sollte dann die Konferenz doch ergebnislos auseinanderplatzen, so gäbe das für die bolschewistische Weltpropaganda gerade jetzt ein wunderhübsches zu verwertendes Material. In manchem deutet sich das, was Lenin vorläufig, auch mit den Plänen anderer Staaten der antifranzösischen Front, so besonders die schrittweise Abschaffung der schweren Angriffswaffen usw.

In einem ganz eigentümlichen Zusammenhang tauchte nun auch wieder der Teil V des Versailler Vertrages auf, der bekanntlich die allgemeine Entwaffnung versagt wird, dessen Einleitung aber diese Entwaffnung als die Voraussetzung der allgemeinen Rüstungsbeschränkungen bezeichnet und auf den wir Deutsche uns deshalb in Genf jetzt immer wieder für die Verpflichtung zu dieser allgemeinen Abwaffnung berufen. Grandi und die anderen Vertreter der Völkermächte, die gegen uns diesen Vertrag schufen, haben jetzt in Genf als „den Inhalt“ dieser Bestimmungen bezeichnet, daß für die unterlegenen Staaten eben gerade die Abschaffung der schweren Angriffswaffen angeordnet werden sollte. Diese Erklärung wandte sich gegen die französischen Einwände, man wisse doch eigentlich gar nicht, was man unter „schweren Angriffswaffen“ genau zu verstehen habe. Es ist ein allerdings recht trüber Blick in die Weltgeschichte, daß auf diesen Einwurf ganz einfach damit hätte geantwortet werden können: „Alle Waffen, die anzuschaffen und zu führen verboten ist.“ Grandi hat auf den Versailler Vertrag hingewiesen, der praktisch genau die Waffen bezeichnet, die besonderen Angriffscharakter haben.

Man braucht also nur aus dem Teil V dieser Bestimmungen abzuschreiben und sie zum geltenden Recht für alle Staaten der Welt erheben — dann hätte die Abrüstungskonferenz ein praktisch-vernünftiges Ergebnis.

Die Durchführung des SA.-Verbotes.

Die Auflösung der SA.-Verbände.

Anrufung des Staatsgerichtshofs?

Die Durchführung des SA.- und SS.-Verbots auf Grund der letzten Notverordnung des Reichspräsidenten geht überall reibungslos vor sich. Die Polizei, die mit der Schließung der SA.-Heime in den einzelnen Ländern und Orten beauftragt worden ist, hat bei dieser Gelegenheit Material aller Art beschlagnahmt und den zuständigen Amtsstellen zur weiteren Durchsicht zugeführt. Die Führer der NSDAP. sind fast vollständig in Berlin versammelt und beraten mit Hitler, welche Schritte etwa gegen das SA.-Verbot unternommen werden sollen. Wahrscheinlich wird der Staatsgerichtshof angerufen werden, vor allem auch deshalb, weil vielfach von der Polizei Material beschlagnahmt worden sein soll, das nicht der SA., sondern der Partei gehört.

Nach der Besprechung der Länderminister in Berlin, der dann bald darauf das Verbot der SA. und SS. folgte, hat Hauptmann a. D. Goering versucht, im Auftrage Hitlers mit dem Reichsinnenminister Groener über die Ausführungsbestimmungen der Verbotverordnung zu sprechen. Groener hat jedoch erklärt, daß Hitler in dieser Angelegenheit mit den Landesregierungen sprechen müsse. Dagegen hat der Reichsinnenminister später den braunschweigischen Innenminister Klages im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit empfangen. Im Reichsinnenministerium vertritt man die Ansicht, daß auch Braunfels, dessen Innenminister bekanntlich der Nationalsozialistischen Partei angehört, die Verordnung des Reichspräsidenten loyal durchzuführen werde.

SA.-Auflösung mit Hilfe des Reichsbanners.

Auf ungewöhnliche Art schritt der Bürgermeister Borch in Langewiesen, Landkreis Arnstadt, zur Auflösung der SA.- und SS.-Formationen. Der Bürgermeister, der der Sozialdemokratischen Partei angehört, nahm, wie vom thüringischen Innenministerium beauftragt wird, das Reichsbanner zur Hilfe und bewaffnete es, da ihm nur ungenügende Polizeikräfte zur Verfügung gestanden haben sollen. Es wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt, Verhaftungen vorgenommen und Waffen beschlagnahmt. Bürgermeister Borch leitete die Aktion persönlich und hatte sich, wie er auf Anfrage bestätigte, zu seiner Sicherheit mit einem Revolver bewaffnet. Über dieses Vorgehen des Bürgermeisters herrscht im Orte große Erregung. Der Vorsitzende der bürgerlichen Fraktion des Stadtrats hat gegen das eigenmächtige Vorgehen des Bürgermeisters Protest bei der Regierung in Weimar erhoben.

Die Sensation des Tages.

Die Auflösung der SA.- und SS.-Formationen ist die politische Sensation des Tages. Alle Blätter beschäftigen sich eingehend mit diesem Schritt der Reichsregierung. Die linksstehenden Organe sowie auch Zeitungen des Zentrums verteidigen die Maßnahmen der Regierung und betonen, daß der Schritt der Reichsregierung zur Aufrechterhaltung der Staatsautorität notwendig gewesen wäre. Die Blätter der Rechten äußern zum Teil schwere Bedenken über die Nichtigkeit und Zweckmäßigkeit des Verbots und bemängeln vor allem, daß nicht gleichzeitig mit dem Verbot von SA. und SS. auch das Reichsbanner und die Eiserner Front verboten worden seien.

Die Presse im Reich.

wandelt in ähnlichen Gedankengängen. Im Völkischen Beobachter, dem Blatt Adolf Hitlers, steht Alfred Rosenberg unter starken Angriffen auf Hindenburg und Groener sehr man könne das Brauband verbieten und die SA. und SS.-Organisationen auflösen. Der Kampfeswille werde hierdurch jedoch nur gesteigert. Der Artikel schließt mit den Worten: „Ostoberstimmung ist über Deutschland. Das deutsche Volk hat es am 24. April noch einmal in der Hand, einen November abzuwehren.“ Der Bayerische Kurier, das Blatt der bayerischen Regierung, bezeichnet demgegenüber die Auflösung der SA. als eine Selbstverständlichkeit, an der nur verwunderlich sei, daß sie jetzt erst erfolge. Die SA. sei von Anfang an der Verb. lener revolutionären Regungen gewesen, die immer wieder in der NSDAP. unter der Ägide der sogenannten Legalität glommen.

Die volksparteiliche Adnische Zeitung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß man den Reichspräsidenten vor die Notwendigkeit gestellt hat, als erste Handlung in seiner neuen Amtszeit ein Verbot zu verhängen. Unter Zwang der vollendeten Tatsache kann man im Augenblick nur noch fordern, daß bei der Durchführung der Auflösung wenigstens Fehler vermindert und menschliche Härten umgangen werden. Die Adnische Volkszeitung erklärt: „Wollten die deutschen Staatsregierungen und die Reichsregierung nicht zum Gespött der Bürger und der Welt werden, so müßten sie zugreifen. Der erste Schritt ist getan, die weiteren Schritte müssen folgen, auf daß niemand sagen kann, es werde mit zweierlei Maß gemessen.“ Die Dresdener Nachrichten sagen, daß das Verbot nun so unvermeidlich sei, weil Leute wie der preussische Minister-

präsident Braun, die den Aufstieg ihrer eigenen Bewegung auf Grund der Maßnahmen des Sozialistengesetzes aus eigener Anschauung miterlebt hätten, nunmehr in noch krasser Form Unterdrückungsmaßnahmen gegen eine andere Bewegung in die Wege leiten, und zwar am Vorabend des Entscheidungslampfes um die Macht in Preußen. Die absolute Mehrheit, die die Opposition in Preußen anstrebe und die bis zur Stunde noch zweifelhaft schien, dürfte nunmehr gesichert sein.

Im Auslande

hat das Vorgehen der Reichsregierung ebenfalls große Beachtung gefunden. Bei der Beurteilung des Verbotes der nationalsozialistischen Organisation hält sich die englische Presse völlig an die amtlich gegebene Begründung. Durchweg wird dabei zum Ausdruck gebracht, daß die weitere Entwicklung in Deutschland Gegenstand erster Sorge bleibe.

In der Pariser Presse verfolgt man die letzten Ereignisse in Deutschland mit größter Aufmerksamkeit. Die Auflösung der Sturmabteilungen der Nationalsozialisten wird mit besonderer Genugtuung verzeichnet und sehr eingehend besprochen. Die großen Blätter wollen diese Maßnahme der Reichsregierung allgemein mit der Abrüstungskonferenz in Verbindung bringen und betonen, daß die Regierung Wert darauf lege, mit reinem Gewissen in die Hauptphase der Genfer Verhandlungen einzutreten.

Was wollte Tardieu?

Beschwerden wegen der SA. in Genf.

Die gesamte schweizerische Presse beschäftigt sich mit der Auflösung der SA. und mit den Rückwirkungen dieser Maßnahme auf die bevorstehenden Landtagswahlen.

„Journal de Geneve“ erklärt in einem Leitartikel, daß man in Frankreich die Hitler-Verbände als den Grundstock der neuen nationalen deutschen Armee angesehen habe. Mit großer Beunruhigung sei in Frankreich immer wieder festgestellt worden, daß die Organisation und die Zahl dieser Verbände vollkommen der der früheren kaiserlichen deutschen Armee entsprach.

Aus diesem Grunde habe Tardieu die Absicht gehabt, in der nächsten Woche auf der Abrüstungskonferenz das Bestehen dieser Verbände als eine Verletzung der Bestimmungen des Versailler Vertrages zu erklären.

Man habe daher in diesen Kreisen die Maßnahme der Reichsregierung mit besonderer Befriedigung begrüßt, die als ein erfreulicher Anhalt für die Zukunft Brünnings in Genf angesehen werden könne.

Ein Aufruf Adolf Hitlers.

Adolf Hitler hat anlässlich des SA.- und SS.-Verbots einen Aufruf erlassen, der folgendermaßen beginnt:

„Nationalsozialisten! Parteigenossen! Ehemalige SA.- und SS.-Männer, ehemalige Mitglieder des NSDAP. und der Fliegersturme! Nun wagt ihr, weshalb ich verbot, die Präsidentschaftskandidatur der schwarzen Parteien zu verhindern. General Groener hat als Aufstakt für die Landtagswahlen die SA. und SS. aufgelöst, Reichsbanner und Eiserner Front dagegen werden als staatspolitisch wertvoll angesehen und deshalb nicht verboten.“

Der Aufruf fährt dann u. a. fort: „Am 24. April ist der Tag der Vergeltung. Zu dem Zweck empfehle ich euch, meine ehemaligen Kameraden der SA. und SS., folgendes an: 1. Ihr seid von jetzt ab nur noch Parteigenossen, 2. ihr erfüllt als Parteigenossen eure Pflicht, indem ihr euch in den Sektionen und Ortsgruppen zur politischen Wahlarbeit als Parteigenossen freiwillig mehr als je zur Verfügung stellt, 3. gebt den augenblicklichen Nachhabern keinen Anlaß, unter irgendwelchen Vorwänden die Wahlen aussetzen zu können. Wenn ihr eure Pflicht erfüllt, wird dieser Schlag des Generals Groener durch unsere Propaganda tausendfach auf ihn selbst und seine Bundesgenossen zurückfallen, 4. verliert nicht den Glauben an die Zukunft unseres Volkes, an die Größe unseres Vaterlandes und an den Sieg unserer Sache, die beiden dienen soll. Ich werde mein Bestes hergeben für diesen Kampf und damit für Deutschland.“

Hitler gegen die Regierung.

In einer Unterredung mit dem Berliner Sonderkorrespondenten des „Evening Standard“ erklärte Adolf Hitler dem Blatt zufolge: Das Verbot der Sturmtruppen kann nicht ewig dauern. Es ist nur eine zeitweilige Maßnahme. Bald werden die Sturmtruppen wieder da sein. Auf die Frage, welche Beweggründe nach seiner Ansicht die Reichsregierung zu ihrer Maßnahme veranlaßt hätten, erklärte Hitler, der entscheidende Grund sei nach seiner Meinung ein außenpolitischer gewesen. Vor einem Jahre habe die französische Regierung die Auflösung der Sturmtruppen verlangt, die sie als eine Bedrohung Frankreichs betrachteten. Dr. Brüning scheine zu glauben, daß Außenpolitik um so leichter geführt werden könne, je schwächer ein Land sei. Warum habe dann die Regierung nicht ebenso das Reichsbanner und den Stahlhelm ver-

Neues aus Feld, Garten, Stall und Hof, Haus, Küche und Stimmensammer

Abreise des Kanzlers nach Genf.

Das Reichskabinett setzte seine Beratungen über das Abrüstungsprogramm und die außenpolitischen Fragen fort. Der Kanzler verließ nach Abschluß der Beratungen Berlin und begab sich nach Genf.